

TLZ 14.2.2014

„Das klingt nach Erpressung“

Fraktionen von SPD und Linke sprechen sich für Sitzung zur Abwahl aus – CDU tagte gestern erst spät

■ Von Norman Meißner

Wutha-Farnroda. Die SPD im Wuthaer Gemeinderat sprach sich zur jüngsten Fraktionssitzung mehrheitlich für die Einberufung einer Sondersitzung zur Abwahl des inzwischen parteilosen Bürgermeisters Torsten Gieß aus. Das teilte der parteilose Fraktionschef der Wuthaer Sozialdemokraten, Klaus Stöber, jetzt mit, der Gieß und seine Amtsausübung öffentlich infrage stellt. Gemeinderatsmitglied Martin Valley (SPD) hatte zuvor angekündigt, den Rücktritt vom Fraktionsvorsitzenden zu fordern, falls es beim Abwahantrag bleibt. Mehrheitlich sei Stöber von den acht anwesenden Fraktionsmitgliedern das Vertrauen ausgesprochen worden, sagt er selbst.

Voraussichtlich werde die Sondersitzung des Gemeinderates zum Abwahlverfahren am 25. Februar stattfinden.

Reinhard Schieck, Vorsitzender der sechs Mitglieder zählenden CDU-Fraktion im Wuthaer Gemeinderat, wollte sich vorab nicht äußern. Die Fraktionsmitglieder trafen sich erst gestern am späten Abend. Zur Entscheidungsfindung wurde für diese Sitzung auch der CDU-Ortsvorstand mit eingeladen.

„Wir werden wohl ‚a‘ sagen“, erklärt Johanna Helch von der Fraktion „Die Linke“. Letztendlich werde aber die Diskussion in der außerordentlichen Gemeinderatssitzung ausschlaggebend für die Entscheidung der



Der Thron in Wutha-Farnrodas Rathaus wackelt: Mehrheitlich wird in den Fraktionen eine Sondersitzung des Gemeinderates zu einem Abwahlverfahren des Bürgermeisters gefordert. Foto: Heiko Kleinschmidt

Linken sein. Sie hofft, dass diese Sitzung nicht öffentlich ist, damit die Gemeinderäte ohne Druck die richtige Entscheidung treffen können. „Wir unterstützen im Grunde den Vorstoß, aber wir haben ein großes Problem“, erklärt Helch gestern. Eigentlich sei dem Bürgermeister fachlich nichts vorzuwerfen, er sei Gesetzeskenner und bestens in der Verwaltungswelt bewandert, aber im Umgang mit den Menschen und vor allem den Einwohnern von Wutha-Farnroda träten bei ihm große Defizite zu Tage.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative Ortsumgebung B 88 hatte in

der Hauptausschusssitzung einen Einwohnerantrag zur Nichtzulassung des Bürgerentscheides gestellt. CDU und Linke enthielten sich bei dieser Entscheidung, was Bürgermeister Gieß damals als Feigheit kritisierte. „Den Vorwurf der Feigheit müssen wir vehement zurückweisen“, betont Helch. Die Fraktion enthielt sich, weil sie mit der Vorgehensweise des Bürgermeisters nicht einverstanden ist. Die Art und Weise, wie Gieß mit den Gemeinderäten und den Bürgern umgehe, haben den Linken nicht gefallen. „Er hat uns förmlich die Pistole auf die Brust gesetzt und mit

der Kommunalaufsicht gedroht“, sagt Helch. Für sie klingt das nach Erpressung. Gieß hätte vielmehr das Gespräch suchen und mögliche Lösungswege aufzeigen sollen.

Das Hick-Hack um den Abwahantrag von Bürgermeister Gieß trifft beim Vorsitzenden des Mosbacher Bürgervereins auf völliges Unverständnis. „Das ist ein Skandal, ein Abwahlverfahren anzuschleppen, nur weil sich der Bürgermeister für ein demokratisches Bürgerbegehren ausspricht“, betont Enrico Gruhl. Er wirft den Fraktionen im Gemeinderat vor, sich nicht darüber im Klaren zu sein, wel-

che Kosten zusätzlich den Haushalt belasten würden. „Wir sind in der Haushaltskonsolidierung und wenn Gieß beurlaubt wird, muss zusätzlich ein neuer Bürgermeister bezahlt werden“, sagt der Bürgervereinschef. Auch aus anderer Sicht macht die Abwahl des Rathauschefs für Gruhl wenig Sinn: „Im Oktober oder November wird sowieso neu gewählt.“ Die Amtszeit des Wuthaer Bürgermeisters endet regulär am 15. Januar nächsten Jahres.

„Klar polarisiert Gieß stark, aber mit dem Abwahlverfahren machen wir uns nach außen lächerlich und in ganz Thüringen unmöglich“, meint Gruhl. Mit der Abwahl werde „dreckige Wäsche“ gewaschen, fährt er fort. Gieß könne einige Verdienste während seiner Amtszeit verbuchen. Gruhl nannte beispielsweise den Abbau von Schulden, den Erhalt aller Kitas und die Dorferneuerung in alle Ortsteilen. „Den Eigenanteil für die Dorferneuerung kann sich heute kaum noch eine Kommune leisten“, unterstreicht der Vorsitzende des Bürgervereins.

Die Mitstreiter der Bürgerinitiative zum Bau der Ortsumgebung B88 begrüßen hingegen den Schritt, ein Abwahlverfahren einzuleiten. „Gieß hat von Anfang an immer wieder Gründe vorgeschoben, um die Ortsumgebung fallen zu lassen“, betont Eberhard Weißheit von den B88-Befürwortern. Aus diesen Gründen habe Gieß sich auch für das Bürgerbegehren ausgesprochen.